



Die Stadt der Teilhabe: Klimagerecht, sozial, wirtschafts- und familienfreundlich

Koalitionsvertrag GRÜNE und SPD

im Rat der Stadt Aachen

2022-2025

Inhalt

Präambel.....	3
Kapitel 1: Umwelt	3
Für eine ökologisch intakte, klimagerechte und klimaangepasste Stadt von morgen	3
Erneuerbare Energie – Klimaneutralität bis 2030	3
Die grüne und kühle Stadt – für mehr Lebensqualität.....	4
Umgang mit Starkregen	5
Umwelt- und Artenschutz.....	5
Kapitel 2: Familie.....	5
Familien unterstützen – Chancengerechtigkeit von Anfang an.....	5
Familien finanziell entlasten und Betreuungsangebote verbessern.....	6
Freiraum schaffen und Hilfsangebote sichern	6
Echte Beteiligung stärkt die Demokratie	7
Kapitel 3: Bildung	7
Bildung eröffnet Perspektiven und Möglichkeiten für alle	7
Bildung braucht Platz.....	7
Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Bildung.....	8
Bedarfsgerechtigkeit für Familien.....	8
Digital ist selbstverständlich.....	8
Ausbildungsoffensive vorantreiben	8
Kapitel 4: Wohnen.....	9
Bezahlbarer Wohnraum – existentielles Recht für alle	9
Wohnbauprojekte ermöglichen und beschleunigen.....	9
Passgenaue Angebote für jede Zielgruppe	10
Kapitel 5: Mobilität.....	11
Mobilität sicher, komfortabel, nachhaltig und bezahlbar machen	11
Einsteigen und Umsteigen: Verbesserter ÖPNV	11
Erreichbare Innenstadt: Mobilität innerhalb des Alleenrings.....	12
Konflikte entzerren durch Neuordnen des Parkens.....	12
Sichere Wege für alle: Der Radentscheid	13
Kapitel 6: Wirtschaft	14
Wirtschaftsförderung – Ermöglichungskultur.....	14
Wirtschaft braucht Raum	14
Wissenschaftsstadt heißt agiler Wirtschaftsstandort	15
Innenstadt als Raum der Ermöglichung	16
Wirtschaft erfordert tatkräftige Netzwerke	17
Regionales Handwerk stärken	17
Ausblick.....	18

Präambel

Aachen ist eine lebenswerte Stadt, ein attraktiver Standort für Wissenschaft und Forschung, für Handel und Wirtschaft, für Familien, Senior*innen und junge Menschen. Aachen ist eine Großstadt mit erheblicher Strahlkraft, ein Oberzentrum mit regionaler und euregionaler Verantwortung. Bei uns werden gesellschaftlicher Zusammenhalt, demokratisches Miteinander, soziale, ökonomische und ökologische Verantwortung sowie kulturelle Vielfalt im Alltag gelebt.

Dennoch gibt es viel zu tun, um die Chancen zur Teilhabe für alle zu verbessern. Wir müssen und wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen, gute Bildung gewährleisten, die Mobilitätswende gestalten und unser Aachen zu einer klimaneutralen Stadt entwickeln. Zudem stehen wir aktuell multiplen Krisen gegenüber, zu deren Bewältigung wir den Aachenerinnen und Aachenern Unterstützung geben wollen. Der vorliegende Koalitionsvertrag von GRÜNEN und SPD steht für den erforderlichen Aufbruch in Aachen und stellt die Weichen, um diese ambitionierten Ziele zu erreichen.

Wir haben deshalb klare Prioritäten gesetzt und ein Arbeitsprogramm aufgestellt, das es Politik und Verwaltung gemeinsam ermöglicht, erfolgreich bis zum Ende der laufenden Wahlperiode 2025 zusammen mit den Bürger*innen spürbare Verbesserungen und Entwicklung zu erreichen. Wir werden die notwendigen politischen, planerischen und finanziellen Grundlagen legen, um zeitlich auch über die laufende Ratsperiode hinausgehende Ziele in der nächsten Wahlperiode zu erreichen.

Das Bild der Transformation hin zu einer gerechten, lebenswerten *Stadt für Alle* leitet uns und gemeinsam schaffen wir vieles: **im Klimaschutz, in der Verkehrswende, für Familien, Bildung und Wohnen und in der wirtschaftlichen Entwicklung Aachens.**

Kapitel 1: Umwelt

Für eine ökologisch intakte, klimagerechte und klimaangepasste Stadt von morgen

Unser Ziel ist es, Aachen bis 2030 klimaneutral zu machen. Denn die Klimakrise bedroht in existenzieller Weise unser aller Lebensgrundlagen. Deshalb übernehmen wir gemeinsam Verantwortung, um die Auswirkungen der Klimakrise zu begrenzen – auch und gerade durch lokale Maßnahmen und Veränderungen bei uns in Aachen. Gleichzeitig spüren wir schon heute die Folgen der Klimakrise: Wochenlange Trockenperioden, drückende Hitze und katastrophale Starkregenereignisse belasten uns alle und unsere Umwelt in zunehmendem Maße. An diese einschneidenden Folgen der Klimakrise müssen wir uns in den nächsten Jahren anpassen, damit Aachen weiterhin eine lebenswerte Stadt bleibt: mit mehr Grün in der Stadt und einer besseren Vorsorge vor Hitze- und Starkregenereignissen.

Neben der Klimakrise ist die zweite große ökologische Herausforderung unserer Zeit das Artensterben, das auch vor Aachen nicht halt macht. Dem wollen wir entschlossen entgegenzutreten, indem wir den ökologischen Zustand des Aachener Waldes, der landwirtschaftlichen Flächen und der städtischen Grünflächen verbessern und so dazu beitragen, dass Lebensräume für Flora und Fauna geschützt und aufgewertet werden.

Erneuerbare Energie – Klimaneutralität bis 2030

Um Aachen zu einer klimaneutralen Stadt zu machen, müssen wir stark in den Ausbau der erneuerbaren Energien investieren, also in Wind- und Solarenergie sowie in Biomasse. Um den Ausbau der Photovoltaik (PV) noch weiter zu beschleunigen, werden wir

die Energieberatung für den privaten wie für den gewerblichen Bereich massiv ausbauen und eine „Öcher Solaroffensive im Gewerbe“ lancieren.

Außerdem werden wir das kommunale PV-Förderprogramm, das bisher sehr gut angenommen wird, beibehalten und so PV-Ausbau auf privaten Dächern weiterhin unterstützen. Neben Dächern soll auch auf Freiflächen und Parkplätzen der Ausbau von Photovoltaikanlagen ermöglicht werden. Darüber hinaus wollen wir mindestens ein Agri-PV-Pilotprojekt, also ein Verfahren zur gleichzeitigen Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für die Nahrungsmittelproduktion und die PV-Stromerzeugung, auf dem Aachener Stadtgebiet ins Leben rufen. Wir stehen zur Beschlusslage, möglichst schnell auf allen geeigneten Dächern kommunaler Gebäude PV-Anlagen zu installieren. Den erzeugten Strom in einer regionalen Direktvermarktung zu verteilen, unterstützen wir ausdrücklich.

Wir fördern den dringend benötigten Ausbau der Windkraft und machen Aachen zur „Windkraft-Ermöglichungs-Kommune“: durch die Ausweisung der bereits von der Verwaltung identifizierten Flächen auf dem Aachener Stadtgebiet, die mit dem Artenschutz vereinbar sind, und durch die Unterstützung für das so genannte Repowering (das Ersetzen alter Windkraftanlagen), möglichst 1:1, wodurch auf der gleichen Fläche mehr Strom erzeugt werden kann. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass mindestens ein Bürger*innen-Windrad entsteht und dass es insbesondere den in der Nachbarschaft der Anlagen Wohnenden ermöglicht wird, von der Wertschöpfung der Windkraft zu profitieren.

Wir werden gemeinsam mit den Aachener Hochschulen, Forschungsinstituten und der STAWAG lokale Lösungen zur Speicherung der gewonnenen Energie untersuchen und in diesem Zusammenhang die Nutzung von Wasserstoff in den Fokus nehmen.

Um die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich energetischer Gebäudesanierungen, PV-Ausbau, Heizungsaustausch und Energieeinsparungen weiter zu steigern, entwickeln und bauen wir die Energieberatung deutlich aus. Unser Ziel ist es, bis 2025 eine zukunftsfähige Struktur der Energieberatung in Aachen zu etablieren.

Wir erstellen im Rahmen der Wärmeleitplanung eine Roadmap für die Umsetzung der Wärmeplanung, welche die Wärmeversorgung u.a. mittels Fernwärme, Quartierslösungen, mittlerer Tiefengeothermie und Thermalwassernutzung abdeckt. Den Ausbau des Fernwärmenetzes als erprobte, kostengünstige und perspektivisch klimaneutrale Technologie zur Wärmeversorgung treiben wir voran. Im Rahmen der konsequenten Umsetzung und Fortführung des Aachener IKSK (Integriertes Klimaschutz-Konzept) sollen die kommunalen Gebäude (Wohn- und Nichtwohngebäude) energetisch saniert und die Heizsysteme zeitnah auf regenerative Energien umgestellt werden.

Die grüne und kühle Stadt – für mehr Lebensqualität

Wir brauchen dringend mehr Baumpflanzungen in der Stadt. Unser Ziel ist eine positive Baumbilanz, d.h., dass jährlich mehr Bäume gepflanzt werden, als aufgrund von Schäden und Baumaßnahmen gefällt werden müssen. Das möchten wir mit dem Aufbau einer eigenen Baumpflanzkolonne beim Aachener Stadtbetrieb erreichen, möglichst ab 2024. Um Bestandsbäume zu schützen, werden wir deren Schädigungen durch parkende PKW reduzieren. Wir werden dafür werben, insbesondere in verdichteten Innenhöfen und auf derzeit versiegelten Flächen zusätzliche Bäume zu pflanzen und eventuell erforderliche Förderung leisten.

Zum Schutz der Gesundheit von Bürger*innen, die stark unter Hitzeereignissen leiden, z.B. Senior*innen und kleine Kinder, soll die Verwaltung gemeinsam mit der StädteRegion einen Hitzeaktionsplan erarbeiten und zeitnah umsetzen.

Wir holen Bäche in Aachen ans Licht mit dem Ziel, mindestens einen Bach bis zum Ende der Ratsperiode offenzulegen.

Förderkulissen für Dach- und Fassadenbegrünung führen wir fort und entwickeln die Programme dazu kontinuierlich weiter. Wo immer möglich, sollen auch Dachflächen intensiv nutzbar gemacht und z.B. Hochbeete oder Dachgärten gefördert werden.

Umgang mit Starkregen

Aachen besitzt bereits ein weitreichendes Konzept zur Klimafolgenanpassung, das wir verstärkt in die Umsetzung bringen wollen. Wir wollen Maßnahmen entwickeln und finanzieren, um mit zukünftigen Starkregen- und Hochwasserereignissen umzugehen und Schäden präventiv zu vermeiden.

Die Prüfung des Schwammstadtprinzips fordern wir bei allen größeren Maßnahmen ein und wollen bis 2025 eine größere Pilotmaßnahme dazu umsetzen. Wir sorgen dafür, dass mehr kommunale Flächen entsiegelt werden, und fördern Entsiegelung auf privaten Flächen.

Umwelt- und Artenschutz

Der Aachener Wald soll künftig nach den höchsten Nachhaltigkeitsstandards bewirtschaftet werden, welche über die bestehende Bewirtschaftung nach dem FSC-Standard hinausgehen. Die Ergebnisse des aktuell laufenden Prozesses zur Entwicklung eines Aachener Modells für die nachhaltige Waldbewirtschaftung werden wir umsetzen.

Eine Stärkung der Biodiversität im Innen- und Außenbereich erreichen wir durch eine extensivere Pflege der städtischen Grünflächen und Randstreifen. Bis 2025 wollen wir ein neues Konzept für die nachhaltige Grünflächenbewirtschaftung in die Umsetzung bringen.

Die nachhaltige Landwirtschaft in Aachen wollen wir stärken, indem wir die Ergebnisse des Runden Tisches Landwirtschaft umsetzen und die Unterstützung der städtischen Naturschutzstation ausbauen.

Rund um den neuen Standort des Aachener Stadtbetriebs entwickeln wir ein Cluster „Kreislaufwirtschaft“, sodass Gewerbe und Forschung rund um die nachhaltige Nutzung von Abfall- und Rohstoffen sowie neue Wertschöpfungskreisläufe konzentriert angesiedelt werden. Dieses soll mit den Aktivitäten um den Wirtschaftsstandort Rothe Erde eng verzahnt werden.

Kapitel 2: Familie

Familien unterstützen – Chancengerechtigkeit von Anfang an

Wir werden Kinder und Jugendliche fördern und Familien unterstützen. Aachen soll Kindern und Jugendlichen eine gute Zukunft und allen vielfältigen Formen von Familien ein sicheres Zuhause bieten. Sie sind die Zukunft unserer Stadt.

Die Corona-Pandemie hat in den zweieinhalb Jahren Kinder, Jugendliche und Familien in ihrem Alltag sehr herausgefordert. Kinder und Jugendliche wurden in einer für sie und ihre Entwicklung so wichtigen Zeit stark eingeschränkt und Familien in ihrem Zusammenleben belastet. Die Förderprogramme von Bund und Land wurden in unseren Einrichtungen zielführend genutzt. Wir werden Kinder und Jugendliche mit den uns zur Verfügung stehenden kommunalen Mitteln dabei unterstützen, die Belastungen der aktuellen Krisen zu bewältigen.

Wir werden Familien finanziell entlasten, insbesondere über die Gebühren. Und zwar spürbar, bereits ab dem kommenden Jahr. Wir wollen Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt das geben, was sie für ihre Entwicklung und für ein gelingendes Leben brauchen. Daher stehen wir für ein qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung und leicht zugängliche Beratungsangebote für Kinder und Familien in Schwierigkeiten.

Freiräume für Kinder und Jugendliche in Aachen sowie außerschulische und offene Bildungsangebote haben für uns einen hohen Stellenwert.

Wir wollen Aachen nicht nur für Kinder, Jugendliche und Familien gestalten, sondern gemeinsam mit ihnen. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen werden wir stärken.

Familien finanziell entlasten und Betreuungsangebote verbessern

Unser Ziel ist es, Gebührenfreiheit in Kitas, der Tagespflege und der OGS zu erreichen. Bis zur angekündigten Kostenfreiheit für den Ü3-Bereich durch das Land werden wir die Gebühren insbesondere für untere Einkommen aussetzen und für mittlere Einkommen halbieren. Wenn das Land die angekündigte Befreiung im Bereich Ü3 umgesetzt hat, werden wir ebenso die Eltern von U3-Kindern von den Gebühren befreien.

Auch die OGS-Gebührensatzung überarbeiten wir, mit dem Ziel der weiteren Entlastung der Familien.

Auch die Beratungsangebote in Kitas wollen wir ausbauen. Vorhandene Beratungsangebote sollen gesammelt und Zeiten in Familienzentren organisiert bzw. öffentliche Räume zur Verfügung gestellt werden.

Im Bereich der Kitas leiden Kinder und Familien unter dem Fachkräftemangel. Dem wollen wir im Schulterschluss mit der Verwaltung, den freien Trägern und Verbänden entgegen treten. Einerseits durch den personellen Ausbau des Alltagshelfer*innenprogramms und den Start eines Verwaltungskräfteprogramms, bei denen Fachkräfte von Aufgaben entlastet werden, die nicht im direkten Kontakt mit Kindern zu erledigen sind. Dies schafft Freiräume für die Betreuung, Bildung und Erziehung. Andererseits werden wir die bereits ausgeweitete praxisintegrierte Ausbildung auch für die freien Träger durch finanzielle Förderung besser nutzbar machen.

Wir werden die Schaffung von Kitaplätzen beschleunigen: Trotz Kostensteigerung werden wir das Kita-Ausbauprogramm intensiv voranbringen, geplante Bauprojekte zügig umsetzen und weitere Flächen für Kita-Neubauten identifizieren.

Wir werden die Randzeitenbetreuung in Schwerpunktkitas ausbauen, sofern es die Personalkapazität zulässt.

Wir wissen, dass die steigenden Kosten für das Mittagessen in Kitas und Schulen zu einer sozialen Spaltung führen können und bestehende Ungerechtigkeiten in der sozialräumlichen Verteilung noch bestärken. Wir warten auf das Konzept für die angekündigte schrittweise Umsetzung der Kostenfreiheit durch die Landesregierung und werden die kommunale Begleitung organisieren.

Freiraum schaffen und Hilfsangebote sichern

Kinder brauchen Freiraum! Hier bietet die Innenstadt zu wenige Möglichkeiten. Wir werden deshalb Spielplätze und Freiflächen ausbauen und ein Spielplatzprogramm für die Innenstadt umsetzen. Dabei ist für uns wichtig, stets die Inklusion mitzudenken. Wir werden zügig die Planungen für einen zentral gelegenen Inklusionsspielplatz und eine Freizone als Modellfreifläche für Jugendliche angehen. Gleiches gilt für differenzierte Bildungsangebote, wie Waldpädagogik, Urban Farming etc.

Gerade die Sommermonate sind für viele Familien, die sich keinen Urlaub leisten können, eine besondere Herausforderung. Die Ferienspiele erfreuen sich großer Beliebtheit. Diese Angebote wollen wir erweitern, mit der Idee ein neues Naherholungsgebiet mit preiswerter Aufenthaltsqualität zu schaffen. Wir wollen bis zum Ende der Ratsperiode in einem ersten Schritt die Planung zu einem „Öcher Beach“ abgeschlossen haben.

Insbesondere für Jugendliche und junge Heranwachsende sind die offenen Türen (OTen) oft eine wichtige Anlaufstelle. Wir werden die OTen deshalb sichern und verstetigen, insbesondere in Quartieren mit besonderen sozialen Herausforderungen. Hier werden wir darüber hinaus die mobile aufsuchende Arbeit ausbauen bzw. da sichern, wo sie bereits vorhanden ist.

Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien werden wir absichern und ausbauen, dies gilt beispielsweise für Müttercafés, Begegnungszentren, Elternberatungsstellen oder die Fachberatungsstelle für Opfer von sexueller Gewalt.

Die Plätze in der stationären Jugendhilfe werden wir weiter angemessen finanzieren und ausbauen.

Echte Beteiligung stärkt die Demokratie

Besonders wichtig ist uns die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen. Sie ist essenziell für die Entwicklung des Verständnisses für Demokratie und stärkt diese damit enorm. Wir werden deshalb kurzfristig die Jugendpartizipation stärken. Darüber hinaus werden wir den laufenden Prozess zur Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam vorantreiben. Dabei ist es uns wichtig, dass die Beteiligung auch über ein festes Budget erfolgen kann, über das die Kinder und Jugendlichen eigenständig entscheiden können.

Bei Großprojekten werden wir die Perspektive von Kindern, Jugendlichen und Familien grundsätzlich berücksichtigen und z.B. ausreichend Spielmöglichkeiten wie Spielplätze, Spielpunkte und mobile Angebote einplanen und finanzieren.

Um den Fachbereich Kinder, Jugend und Schule innerhalb der Verwaltung zukunftsfest aufzustellen, werden wir eine Organisationsumstellung umsetzen. Damit sollen die Fachbereiche gestärkt werden, um den gestiegenen Anforderungen und Aufgaben genügen zu können.

Kapitel 3: Bildung

Bildung eröffnet Perspektiven und Möglichkeiten für alle

Bildung ist die grundlegende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Sie ermöglicht Teilhabe und soziale Verantwortung, ein eigenständiges Urteil und schützt vor Manipulation. Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel dazu, dass alle Menschen in einer friedlichen, sozial gerechten und ökologischen sowie ökonomisch nachhaltigen Welt leben können.

Deshalb muss gute Bildung auch und gerade in Krisenzeiten umfassend und bestmöglich gelingen. Eine gerechte Bildung entsteht, indem man gleiche Voraussetzungen für alle schafft und vorhandene Benachteiligungen ausgleicht.

Bildung braucht Platz

Der Umbau der Gymnasien von G8 auf G9 ist eine große Herausforderung für die kommenden Jahre. Neue Klassen- und Fachräume werden benötigt, zum Teil sind neue Schulbauten erforderlich. Wir werden dafür Sorge tragen, dass dieser Umbau mit hoher Priorisierung vorangebracht wird.

Wir begleiten weiterhin den bedarfsgerechten Ausbau und die Sanierung unserer Schulinfrastruktur. Die Sanierung der Grundschulen wird fortgeführt anhand der bestehenden

Prioritätenliste des Raumprogramms. Das Schulreparaturprogramm halten wir auch in der schwierigen Konjunkturlage aufrecht.

Wir treiben die Planungen für ein „Haus der Neugier“ voran. An einem gemeinsamen Ort sollen Volkshochschule und Stadtbibliothek ihr Potenzial entfalten. Damit soll ein neuartiger Raum der Bildung und der Begegnung in Aachens Innenstadt entstehen: ein offener Ort, der neugierig macht und zum Lernen einlädt. Ein Ort, an dem niedrigschwellig Bildungs- und Informationsstrukturen geschaffen und zur Verfügung gestellt werden können. Jeder und jede soll Zugang zu den Bildungsangeboten haben, denn Bildung ist unsere Zukunft. Das Haus der Neugier braucht in der Entwicklung länger als eine Ratsperiode, doch die Zeit ist gut investiert: Wir schaffen einen lebendigen Treffpunkt im Herzen der Stadt.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Bildung

Um den Klimaschutz weiter zu verbessern, wird das Schulbauprogramm zusätzlich mit einem Ausbau von ökologisch sinnvollen Gründächern ergänzt. Energieeinsparungen und Verbesserung des Raumklimas sollen u.a. durch fest installierte Lüftungsanlagen erzielt werden.

Gesunde und nachhaltige Ernährung muss langfristig ein fester Baustein unserer Bildungseinrichtungen werden. Die Einrichtungen sollen außerdem umweltfreundlich erreichbar sein, daher unterstützen wir den Ausbau von ÖPNV und Fahrradabstellanlagen. Wir stärken die VHS und unsere Schulen in ihren Anstrengungen, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in ihrem Angebot zu verankern.

Bedarfsgerechtigkeit für Familien

Verlässliche und qualitativ hochwertige Tages- und Betreuungsstrukturen für Eltern und Kinder sind auch im schulischen Bereich unsere Basis.

Auf dem Elternwunsch zu Schulplätzen basiert unsere Schulplanung – im Rahmen der Zukunftswerkstatt werden wir insbesondere Bedarfe an weiteren Gesamtschulplätzen in den Blick nehmen.

Der Erwerb der deutschen Sprache ist z.B. für zugewanderte Schülerinnen und Schüler die wichtigste Voraussetzung für ihre Integration – beruflich, schulisch wie auch privat. Alle möglichen Maßnahmen zur Sprachförderung werden wir erhalten und ausbauen.

Digital ist selbstverständlich

Wir statten alle Schulen mit zeitgemäßen, schnellen Internetzugängen und moderner Präsentationstechnik aus. Alle Schüler*innen müssen Zugang zu Endgeräten haben. Die exakten Bedarfe werden mit den Schulen, der Verwaltung und den Medienberater*innen gemeinsam auf Basis der Medienentwicklungspläne erarbeitet. Die erfolgreiche Arbeit der AG Digitalisierung wird fortgesetzt.

Auch bei der Überarbeitung der Leistungsvereinbarung zur schulischen IT-Infrastruktur müssen die Bedarfe der Schulen abgefragt und berücksichtigt werden. Die Schulen brauchen Unterstützung bei der Planung, Bedienung und Wartung der vielfältigen Medien. Wir werden uns gemeinsam mit dem Land dafür einsetzen, IT-Fachkräfte vor Ort als direkte Ansprechpartner*innen für Bedarfe der Schulen zu etablieren.

Ausbildungsoffensive vorantreiben

Gegen den Lehrkräftemangel setzen wir uns auf Landesebene für die Einführung der vollumfänglichen Lehramtsausbildung in Aachen ein.

Dem Fachkräftemangel begegnen wir, indem wir die Arbeit der Schulen zur Berufsvorbereitung sowie die Kooperationen zwischen (kommunalen) Betrieben, den Hochschulen und den Schulen stärken.

Die Einführung der multiprofessionellen Teams in Schulen unterstützen wir. Schulen brauchen mehr Profession im Alltag. Wir erkennen die Bedarfe zu Schulsozialarbeit, Schulbegleitung, IT-Fachkräften und schulpsychologischem Dienst im Bildungsbereich an und unterstützen die Angebote.

Kapitel 4: Wohnen

Bezahlbarer Wohnraum – existentielles Recht für alle

Der Aachener Wohnungsmarkt ist überhitzt: Grundstückspreise, Baupreise und Mietpreise steigen weiter. Wir werden auf diese Krise reagieren.

Zwar hat die Stadt Aachen in der Vergangenheit eine Vielzahl wohnungspolitischer Beschlüsse gefasst, welche einen kommunalen Einfluss auf den Wohnungsmarkt sichern sollen. Jedoch hat dies ein weiteres Ansteigen der Mieten nicht ausreichend begrenzen können, so dass weitere Maßnahmen erforderlich sind. Wir wollen insbesondere die wirtschaftlich Schwächeren schützen und unterstützen, ihnen ihr existentielles Recht auf Wohnraum, der bezahlbar ist, sichern.

Bei all unserem Handeln ist jedoch zu beachten, dass vor allem in Aachen, mit seiner Randlage und den fehlenden Wohnbauflächen, Boden ein sehr begrenztes Gut ist. Deshalb müssen Wohnraumflächen noch mehr im Bestand und unter Einbeziehung der Nachbarkommunen gesucht werden. Dies gebietet auch unsere Verpflichtung zu einem ressourcenschonenden, nachhaltigen Umgang mit dem Gut „Boden“.

Wohnbauprojekte ermöglichen und beschleunigen

Der Neubau von Wohnraum scheitert häufig am Mangel an Flächen. Hier forcieren und unterstützen wir die Nachverdichtung von Gebäuden, ermöglichen größere Gebäudehöhen, fördern den Dachausbau weiter und wollen ein überarbeitetes Screening untergenutzter Flächen auf den Weg bringen. Flachbauten als Neubau sind dabei zu verhindern. Dies gilt auch im Gewerbe- und Bürobereich. Auch die Schließung von Baulücken und Entwicklung von Potenzialflächen werden wir intensivieren.

Wir wollen die Möglichkeiten des neuen FNP (Flächennutzungsplan) schnell in Umsetzung bringen und geeignete Flächen möglichst schnell freigeben. Wir werden den eigenen städtischen Wohnungsbau langfristig stärken und uns nicht ausschließlich auf den freien Markt verlassen. Dies geschieht zeitnah über eine geeignete Gesellschaftsform.

Für die Entwicklung des Richtericher Dell als größtem Beitrag zur Schaffung von Wohnraum werden wir zügig ein klimagerechtes Gesamtkonzept für die Ortserweiterung mit verschiedenen Teilgebieten vorantreiben. Der Beginn der Hochbautätigkeit erfolgt erst nach der Erstellung der Erschließungs- und Umgehungsstraße

Den Bodenvorratsfonds als städtisches Sondervermögen für den Erwerb, die Entwicklung und die Vermarktung von Flächen für Wohnen und Gewerbe werden wir effektiver und konsequenter als in der Vergangenheit nutzen. Die Vergabe von städtischen Grundstücken wird weiterhin in erster Linie im Erbbaurecht erfolgen.

Die in Zukunft mögliche Erhebung einer Grundsteuer C (Steuer für unbebaute, aber schon baureife Grundstücke), werden wir schon jetzt vorbereiten, um unmittelbar nach Schaffung der Gesetzesgrundlage starten zu können.

Die energetische Sanierung von städtischen Wohnungen werden wir fortführen und intensivieren.

Dort, wo möglich und sinnvoll, werden wir Eigentümer*innen dabei unterstützen, Gewerbeflächen, insbesondere im Einzelhandel, zu Wohnflächen umzuwidmen. Dabei beziehen wir uns z.B. auf innerstädtische Bereiche, bei denen große Gewerbeflächen aufgegeben wurden.

Um Wohnraum zu schaffen, braucht es Bauanträge, die schnell bearbeitet werden müssen. Durch die Anschaffung der nötigen Software werden wir die Digitalisierung der Bauanträge vorantreiben, um so eine schnellere Bearbeitung und geringere Kosten zu ermöglichen.

Darüber hinaus werden wir Baugenehmigungsverfahren durch eine Verbesserung der Koordination, der Zuarbeit innerhalb der Verwaltung und neue Planstellen für die beteiligten Abteilungen sowie ihrer Ausstattung angehen. Wir haben das Ziel, dass eine Baugenehmigung künftig innerhalb von drei Monaten ausgesprochen wird. Zu diesem Zweck werden wir eine Offensive zur Gewinnung neuer Mitarbeiter*innen starten. In diesem Zusammenhang wollen wir die Bauaufsicht zu einem starken Partner der Bauwilligen im Sinne der Ermöglichungskultur machen.

Bei der Vielzahl der Wohnbauflächen und Bebauungspläne ist es nicht möglich, alles parallel zu entwickeln. Wir werden daher die vorhandene Priorisierung überarbeiten und ein Screening laufender B-Plan-Verfahren und Flächenankäufe durchführen, um den Bau bezahlbarer Wohnungen zügig zu ermöglichen. Dafür werden wir vorlaufende Arbeiten häufiger extern vergeben.

Passgenaue Angebote für jede Zielgruppe

Auf dem überhitzten Wohnungsmarkt ist es mit überteuerten Angeboten nicht nur für Studierende immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Auch Auszubildende und Schüler*innen haben massive Probleme bei der Wohnungssuche. Wir werden deshalb einen Ort für ein Wohnheim für Auszubildende und Schüler*innen und auch für Studierende definieren und Gespräche mit möglichen Investoren führen.

Daneben leiden insbesondere junge Familien stark unter den steigenden Mietpreisen und haben häufig kaum eine Chance am freien Wohnungsmarkt. Unser Ziel ist es, insbesondere diesen Familien zu helfen und zu verhindern, dass sie ins Umland abwandern. Mit der Schaffung neuen Wohnraums (Miet- und Eigentumswohnraum), insbesondere für junge Familien, werden wir dieses Ziel konsequent verfolgen.

Im Bereich der Pflegeheime und barrierefreier Senioren*innenwohnungen ist der Bedarf ebenfalls groß. Deswegen werden wir schnell Flächen definieren, Entwickler finden und, wo es geht, Fördermöglichkeiten suchen, um dem steigenden Bedarf nach Wohnraum für ältere Menschen gerecht zu werden. Wir werden dabei auch berücksichtigen, dass die Menschen mit fortschreitendem Alter solange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung führen können. Mit Blick auf die genannten unterschiedlichen Zielgruppen wollen wir die Quartiere unserer Stadt so gestalten, dass sie den verschiedenen Bedürfnissen aller Generationen und Lebenswirklichkeiten Rechnung tragen. Dabei werden wir die beruflichen, familiären und Freizeitbedürfnisse berücksichtigen. Insbesondere älteren Hauseigentümer*innen fällt es häufig schwer, Alternativen für das zu groß gewordene und nicht altengerechte Eigenheim zu finden. Hier werden wir auf freiwilliger Basis Beratungsangebote etablieren, die beispielsweise einen passgenauen Wohnungstausch mit Familien ermöglichen. Darüber hinaus werden wir die Leitstelle „Älter werden in Aachen“ stärken.

Im Bereich der Obdachlosenhilfe werden wir in einem Modellprojekt das Konzept "Housing First" umsetzen, das Wohnungslosen ohne Vorbedingungen Wohnraum zur Verfügung stellt. Dazu werden wir als Stadt Immobilien anmieten oder selbst bauen und darüber hinaus ein

bedarfsgerechtes dauerhaftes Übergangwohnheim errichten. Zielgruppe sollen explizit auch wohnungslose Frauen und Wohnungslose mit Hunden sein.

Auch besondere Wohnformen wollen wir nicht aus den Augen verlieren und fördern. So fordert ein genossenschaftliches Wohnen in der Regel eine Mindesteinlage, die von Menschen mit geringem Einkommen nicht bezahlt werden kann. Hier wären ein städtischer Fonds oder eine Anleihe denkbar, um die Teilhabe an preiswertem Wohnen für alle zu ermöglichen.

Mit Blick auf die vielfältigen Maßnahmen der Wohnungspolitik werden wir eine Evaluation ebendieser auf den Weg bringen und bewerten, wo Beschlüsse ergänzt oder Personalstellen geschaffen werden müssen, damit die vorhandenen Instrumente besser genutzt werden können.

Kapitel 5: Mobilität

Mobilität sicher, komfortabel, nachhaltig und bezahlbar machen

Die Mobilitätswende ist einer der zentralen Bausteine auf dem Weg zur Klimaneutralität. Die Stärkung eines attraktiven Umweltverbundes aus Fußverkehr, Radverkehr, Bus und Bahn ist dabei einer der wichtigsten Schritte.

Moderne Verkehrspolitik steigert die Lebensqualität in der Stadt durch ein sicheres Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer*innen, führt zu einer besseren Luftqualität, weniger Lärm und berücksichtigt dabei die Interessen der gesamten Stadtgesellschaft. Dazu ist eine Neuverteilung von Verkehrsflächen notwendig. Dies werden wir im Sinne der Verkehrswende mit Beteiligung der Öffentlichkeit umsetzen.

Um es den Menschen leicht zu machen, das Auto stehen zu lassen, schaffen wir eine Stadt der kurzen Wege, indem wir auf eine stärkere Durchmischung in den Quartieren von Wohnen, Gewerbe und Freizeitangeboten setzen.

Einsteigen und Umsteigen: Verbessertes ÖPNV

Der heutige ÖPNV ist schon längst an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gelangt. Eine Verbesserung der Situation für die Stadt gelingt nur in Verbindung mit dem Umland. Deswegen werden wir unter anderem die Planungen zur Regiotram vorantreiben – aus dem Nordkreis bis zum Aachener Hauptbahnhof. Mitgedacht werden sollte die Entwicklungsmöglichkeit eines städtischen Netzes, so z.B. mit der Anbindung von Haaren, dem Uniklinikum und bis nach Brand. Wir wollen, eine positive Machbarkeitsstudie vorausgesetzt, den Planungsbeschluss für die Regiotram schon im ersten Halbjahr 2023 herbeiführen.

Im Innenstadtbereich wollen wir die Reisegeschwindigkeit des ÖPNV deutlich erhöhen und werden die dringend notwendigen Infrastrukturmaßnahmen vorantreiben. Die ersten Maßnahmen sollen mit dem Fokus auf starke Achsen geplant und umgesetzt werden. Zu nennen sind hierbei eine konsequente Vorrangschaltung für den ÖPNV an stauanfälligen Ampelanlagen, die Busspur in Mittellage auf dem Adalbertsteinweg und der Jülicher Straße. Auch in den Südraum soll eine intelligente Busspur auf der Monschauer Straße für einen beschleunigten ÖPNV sorgen. Daneben werden wir Behinderungen durch Parkvorgänge durch geeignete Maßnahmen verringern.

Zur Bekämpfung der Mobilitätsarmut in Aachen sollen Angebote bevorzugt in unterversorgten Gebieten ausgebaut werden. Wir brauchen einen flächendeckenden Zugang zum ÖPNV und stadtweit ergänzende Sharing-Angebote. Ergänzend soll die Entwicklung im Sozialentwicklungsplan räumlich dargestellt werden.

Abseits der aktuellen Diskussion um die Einführung eines bundesweiten 49€ Tickets, wollen wir ein preiswertes Tagesticket einführen und am bestehenden Mobilticket festhalten.

Um die Qualität des ÖPNV auch weiterhin zu verbessern, werden wir die bis 2027 beschlossenen Ausbauplanungen des ÖPNV umsetzen und den Beschluss zum neuen Nahverkehrsplan 2027 frühzeitig fassen.

Die Umsetzung des 3. Gleises Aachen-Düren ist für uns ein wichtiges verkehrspolitisches Ziel, das wir auch weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen werden.

Erreichbare Innenstadt: Mobilität innerhalb des Alleenrings

Die Aachener Innenstadt zeichnet sich durch eine hohe Bevölkerungsdichte, kurze Wege und gute Erreichbarkeit zu Fuß oder mit dem Fahrrad aus. Wir werden sicherstellen, dass die Innenstadt weiterhin gut für alle erreichbar bleibt. Reine Durchgangsverkehre belasten Anwohnende und reduzieren die Erreichbarkeit für alle. Wir werden deshalb das Konzept der Schleifenerschließung innerhalb des Alleenrings umsetzen. So verbinden wir die Erreichbarkeit mit der Steigerung der Lebensqualität.

Konflikte entzerren durch Neuordnen des Parkens

Der motorisierte Individualverkehr macht derzeit den größten Anteil der Mobilität aus. Er ist aber zugleich die größte Quelle von Emissionen im Mobilitätssektor und verbraucht einen überproportional großen Anteil an öffentlicher Fläche. Durch die Stärkung des Umweltverbundes wollen wir viele Menschen dafür gewinnen, auf ihren privaten PKW zu verzichten, ohne dass damit ein Verlust an Mobilität einhergeht. Uns ist bewusst: Viele Menschen sind und werden in absehbarer Zukunft noch auf das Auto angewiesen sein. Gleichzeitig muss der ruhende Verkehr neu aufgestellt werden, um den notwendigen Freiraum für den Umweltverbund zu liefern. So werden wir nach und nach Angebote geschaffen, um den Umstieg auf umweltfreundliche und komfortable Formen der Mobilität zu gewährleisten. Somit ermöglichen wir den Verzicht auf PKW-Stellplätze im freien Straßenraum und können den gewonnenen Platz zur Steigerung der Lebensqualität für alle verwenden.

Da Bewohnerparkzonen den Anwohner*innen eine bevorzugte Möglichkeit bieten, ihren PKW abzustellen, wollen wir das Bewohnerparken ausweiten. Gleichzeitig wollen wir günstiges Parken in Parkhäusern für Anwohner*innen mit Parkausweisen ermöglichen. Um das Angebot auszuweiten, wollen wir außerdem Quartiersgaragen inklusive Ladeinfrastruktur für PKW und Fahrräder schaffen. Die Planung für eine solche Garage soll noch in dieser Wahlperiode erfolgen. Privates Parken im öffentlichen Raum muss mit angemessenen Kosten belegt werden. Wir werden daher den Preis für den Bewohnerparkausweis sozial gestaffelt und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation anheben. Auch den Parksuchverkehr wollen wir weiter reduzieren, daher sollen Parkplätze in Parkhäusern immer günstiger bleiben als solche im Straßenraum.

Viele Menschen in Aachen sind aus unterschiedlichen Gründen darauf angewiesen, den Straßenraum in der Nähe ihrer Wohnung zum Zwecke der Mobilität zu nutzen. Dazu fassen wir zwei Grundsatzbeschlüsse in den Fachausschüssen:

1. Für den komfortablen Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel sind kurze und komfortable Wege zu Bushaltestellen, Carsharing, Velocity und sicheren Stellplätzen für individuelle Mobilitätsmittel (E-Bikes, Lastenräder, etc.) erforderlich. Hierzu werden wir ein Konzept der „Flächendeckenden Versorgung“ einfordern.
2. Gerade Senior*innen und Familien mit kleinen Kindern sind auf Haltemöglichkeiten in fußläufigem Umfeld ihrer Wohnung angewiesen: Zum Be- und Entladen für Lieferdiensten, aber auch für kurzzeitige Parkbedarfe etwa von Pflegediensten, Taxen oder zum Transport der Einkäufe. Wir werden deshalb bei allen relevanten Straßenumgestaltungen ein Konzept einfordern, das diesen Bedürfnissen der Anwohner*innen (exemplarisch: Senior*innen und Familien mit Kindern) Rechnung trägt, z.B. durch die Einrichtung von Liefer- und Ladezonen in Kombination mit

Parkmöglichkeiten in nahegelegenen Parkhäusern. Hiermit entzerren wir Konflikte bei der Neuverteilung von Straßenraum, z.B. zugunsten von Fuß- und Radverkehren.

Werden PKW unmittelbar unter Bäumen abgestellt, verursachen sie massive Schäden, die im schlimmsten Fall zum Absterben des Baumes führen. Deswegen halten wir diese sensiblen Bereiche in Zukunft frei. Die Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrenden darf durch parkende Autos ebenfalls nicht gefährdet werden.

Abgestellte E-Scooter sorgen zunehmend für Behinderungen und Gefährdung im öffentlichen Raum. Hier wollen wir die Abstellmöglichkeiten ordnen, z.B. durch Einführung von Abstellzonen.

Um die Innenstadt weiter zu entlasten, sind qualitativ hochwertige und sichere P+R-Parkplätze ein wichtiger Baustein.

Das bestehende Angebot wollen wir ausbauen und die Tarifstruktur anpassen. Vorbild kann hier der Tarif des P+R-Angebots in Riechbach sein. Auch ein verbessertes digitales Informationssystem über P+R-Angebote soll entwickelt und umgesetzt werden.

Im Betrieblichen Mobilitätsmanagement kooperiert die Stadt Aachen mit der IHK und motiviert Betriebe, ihre Mobilität nachhaltig und zukunftsorientiert aufzustellen. Dieses erfolgreiche Gemeinschaftsprojekt wollen wir weiter umsetzen und ausweiten.

Im Bereich Baustellenmanagement werden wir gemeinsam mit der Verwaltung an der kontinuierlichen Optimierung arbeiten, um die bestehenden Beeinträchtigungen soweit wie möglich zu reduzieren und die Bürger*innen noch besser zu informieren. Ein weiterer Fokus soll hier auch auf der Barrierefreiheit und der Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrende liegen.

Die Umgestaltungen von Straßen gehen für die allermeisten Bürger*innen mit großen Veränderungen einher. Um Anwohner*innen und Nutzer*innen die Gelegenheit zu geben, ihre Anregungen in die Umgestaltung einfließen zu lassen, werden wir den Prozess der Bürger*innenbeteiligungen fortführen.

Wir werden die aktuelle Stellplatzsatzung an das veränderte Mobilitätsverhalten anpassen.

Sichere Wege für alle: Der Radentscheid

Die Ziele des Radentscheids werden wir weiter umsetzen, um den Radverkehr sicherer, komfortabler und attraktiver zu machen.

Um die derzeitigen Baumaßnahmen nicht isoliert zu betrachten, werden wir schnellstmöglich einen „Netzplan Radverkehr“ aufstellen, der Radvorrangrouten, Schnellradwege und Zubringertrassen ausweist und bei den anstehenden individuellen Maßnahmen das Zielbild erklären hilft.

Wir tragen außerdem dafür Sorge, dass der Maßnahmenplan Radverkehr zeitnah aktualisiert wird, um so konkrete Straßenbauvorhaben zu priorisieren.

Um die Mehrwerte für alle greifbar zu machen, wollen wir darauf aufbauend den vollständigen Ausbau mindestens einer Rad-Vorrang-Route in den Fokus nehmen und den Grabenring kurzfristig als Radverteiler ausweisen. Erste bauliche Umgestaltungen werden wir noch in dieser Ratsperiode auf den Weg bringen, um den Ring mittelfristig zum Radverteiler umzubauen. Der Umbau von Kreuzungen und Einmündungen im Sinne des Radentscheids wird von uns weiter verfolgt.

Radverkehrsanlagen und Fußwege sind durch Bewuchs oft nur in Teilen nutzbar oder bieten in Kreuzungsbereichen eingeschränkte Sichtbeziehungen. Hier werden wir Sicherheit und Komfort durch rechtzeitigen Rückschnitt erhöhen.

Die in Aachen immer noch existierenden Schutzstreifen ohne ausreichenden Abstand zu parkenden PKW, werden wir sukzessive umgestalten, um Dooring-Unfälle zu vermeiden.

Zur Vorbeugung von Unfällen durch parkende Fahrzeuge wollen wir gemeinsam mit dem Ordnungsamt einen Schwerpunkt auf das Thema Sicherheit setzen.

Unser Ziel ist es, den Menschen zu ermöglichen, nicht nur per Rad, sondern auch zu Fuß ihre Ziele im Stadtgebiet zu erreichen. Dies ist mit hohen Anforderungen an Verkehrssicherheit und Komfort verbunden. Im bisherigen Premiumfußwegenetz verbinden breite und attraktive Fußwege die Innenstadt mit weiter außerhalb liegenden Grünflächen, wie dem Gillesbachtal oder dem Johannisbachtal. Das Netz werden wir weiter fortschreiben und umsetzen, ein WC-Konzept sollte hier mitgedacht werden.

Kapitel 6: Wirtschaft

Wirtschaftsförderung – Ermöglichungskultur

Eine starke Wirtschaft ist wichtig für die Stadt und ihre Bürger*innen. Sie sichert die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung, die für eine qualitative Verbesserung unserer Lebensumstände erforderlich sind.

In diesem Sinne muss die Stadt Partnerin wirtschaftlich-unternehmerischer Initiative sein und das Entstehen von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung prioritär und im Einklang mit den Zielen des IKSK fördern. Kreative Ideengeber*innen, Projektentwickler*innen und Investor*innen müssen spüren, dass ihnen die Stadt als Ermöglicherin zur Seite steht. Wir setzen auf eine Ermöglichungskultur in unserer Stadt. Wir wollen bestehende Hemmnisse auflösen und für die Stadt wichtige Prozesse aktivieren und beschleunigen. Die Leistungsfähigkeit der Stadt zeigt sich unter anderem an der Verwirklichung von Leuchtturmprojekten und ihrer Fähigkeit, konstruktiv mit Dritten zusammenzuarbeiten.

Wirtschaft braucht Raum

Die Stadt hat ein eklatantes Defizit an marktgängigen Gewerbeflächen. Wir müssen daher entschieden einen Dreiklang aus Neuausweisung innerhalb der Grenzen des FNP, Revitalisierung und Regionalisierung vorantreiben.

Die größte zusammenhängende Fläche in Aachen, die mit dem FNP neu ausgewiesen wird, ist Camp Hitfeld. Die derzeit bestehende Blockade des Rechtsstreits muss zügig aufgelöst werden. Wir wollen Hitfeld produktiv nutzen und dazu schnellstmöglich die Machbarkeit eines modernen regenerativen Energieparks prüfen.

Aachen Nord bietet ein großes Potenzial an zu revitalisierenden Flächen. Dort ist bereits ein dynamisches Ökosystem aus Start-Ups und Spin-Offs entstanden, das mit dem Inkubator in der Jahrhunderthalle weiter wachsen wird. Die Stadt ist hierbei Moderatorin, bringt Akteur*innen zusammen und lenkt und treibt die Entwicklung voran. Wir werden die dafür notwendigen Ressourcen bereitstellen.

Die Conti-Fläche hat in der Revitalisierungsstrategie höchste Priorität. Wir wollen hier schnell gute Arbeitsplätze schaffen. Der an der Innenstadt gelegene produktionsorientierte Industriestandort soll gesichert und zugleich zu einem Standort der Urbanen Produktion transformiert werden.

Um die Entwicklung aus einer Hand steuern und auch Fördermittel des Landes akquirieren zu können, setzen wir uns für den Flächenerwerb durch die Stadt ein, möglicherweise auch mit starken Partnern für die Standortentwicklung. Wir agieren nach dem Prinzip der zwei Geschwindigkeiten: Ansiedlungswillige Unternehmen werden sofort bei der Nutzungsänderung der guten Bestandsgebäude optimal unterstützt. Parallel wird ein neuer Bebauungsplan entwickelt, der den Fokus auf Nachhaltigkeit und Urbane Produktion richtet und somit auch zukunftsfest verträgliche Produktion in der Stadt sichert.

Die Flächen der Stadt Aachen sind ein wertvolles Gut und in ihrer Anzahl begrenzt. Wir bekennen uns zu den Festlegungen des FNP und stellen fest, dass weder die tatsächlich ermittelten Bedarfe an (vermarktbar) Wirtschaftsflächen, noch die berechneten zusätzlichen GIB-Bedarfe der Stadt abgedeckt werden können. Die Stadt Aachen hat sich daher zusammen mit fünf weiteren Kommunen zum Städteregionalen Gewerbeflächenpool – einer besonderen und zukunftsweisenden Form der interkommunalen Zusammenarbeit – zusammengeschlossen. Damit reagieren wir durch Regionalisierung auf bestehende Flächenengpässe. Es ist zur Strukturstärkung wichtig, dass sich die Stadt auch in Zukunft nicht nur an einer interkommunal abgestimmten Planung, sondern auch an der Erschließung und Vermarktung von Wirtschaftsflächen beteiligt. Eine logische Folge des Gewerbeflächenmangels ist die funktionale Weiterentwicklung des Städteregionalen Gewerbeflächenpools, insbesondere auch vor den akuten Herausforderungen eines vorgezogenen Strukturwandels. Auf diese Weise wird es möglich, qualitativ und quantitativ Einfluss auf die Flächenvermarktung zu nehmen.

Wissenschaftsstadt heißt agiler Wirtschaftsstandort

Gerade im Strukturwandel kann Aachen zusammen mit den Hochschulen einen wirksamen Beitrag leisten. Aachen ist eine international anerkannte Technologieregion, mit Schwerpunkten insbesondere in den Exzellenz- und Profildbereichen der Hochschulen. Darin liegt eine systemische Lösungskompetenz zur Gestaltung der großen Gesellschaftsaufgaben: Energiewende, Strukturwandel, Transformation der Industrie, Zusammenleben im 21. Jahrhundert. Mit der richtigen Aufstellung kann Aachen diese Rolle – insbesondere als Partner der Region – wahrnehmbar ausspielen. So sind z.B. unsere Kongresskapazitäten darauf ausgerichtet, die spannendsten Wissenschaftskongresse für die „Welt im Wandel“ zu präsentieren. Das Potenzial Aachens als Stadt der Wissenschaftskongresse braucht eine klare Vermarktungsstruktur. Dazu werden wir die beteiligten Akteure (insbesondere im ATS und beim Eurogress) befähigen, den Markenprozess fortführen, die Corporate Identity überarbeiten und die Struktur des Fachbereichs Kommunikation und Stadtmarketing wo nötig anpassen.

Wir werden die Rolle der Stadt Aachen als Gesellschafterin der Campus GmbH stärken und mögliche Hindernisse für die Entwicklung hin zu einem innovativen und nachhaltigen Stadtquartier zügig beseitigen. Die RWTH ist einer der wesentlichen Treiber der Aachener Wirtschaft und die zügige Umsetzung des Bebauungsplanes West wird zum zentralen Projekt.

Gleiches gilt für die von uns im Grundsatz gewollte Reha-Klinik in Burtscheid, wo der Kommunikationsprozess mit den Bürger*innen noch breiter gestaltet werden muss und die Gespräche mit dem Investor noch intensiver zu führen sind. Hier geht es um die Sicherung der Gesundheitsversorgung, die Steigerung der Lebensqualität in Burtscheid und den Erhalt des Kurstandorts.

Die Entwicklung des „Sportpark Soers – ein Sportpark für Alle“ ist eines der großen Infrastrukturprojekte der kommenden Jahre. Die Politik hat die Priorisierung dieses Projektes längst beschlossen, nun müssen die Umsetzungsstrukturen geschaffen werden. Uns leiten die Zeitpläne der beteiligten Vereine in der Soers. Wir werden die Förderschienen genau im Blick behalten, unabhängig davon aber auch alternative Vorkehrungen treffen und Finanzierungswege entwickeln müssen, um die Zeitpläne nicht zu gefährden. Nötig sein werden sicherlich auch Teil-Bebauungspläne, die Anker setzen können.

Wir möchten das Thema der Gemeinwohlökonomie (GWÖ) in Aachen weiter konstruktiv begleiten und vorantreiben. Die Etablierung der GWÖ bei städtischen Unternehmen dienen hierbei als Leuchtturmprojekte, die private Unternehmen dazu ermutigen sollen, diese Art der Bilanzierung ebenfalls einzuführen. Dazu sind weiterhin Beratungs- und Informationsveranstaltungen notwendig. Die dazu erforderlichen Ressourcen möchten wir bereitstellen.

Innenstadt als Raum der Ermöglichung

Ein besonderer Fokus liegt auch auf der Transformation der Aachener Innenstadt mit ihren vielfältigen Potenzialen. Hier möchten wir integriert denken und handeln, die vielfältigen Akteur*innen zusammenführen und eine Zukunftsstrategie (Zukunftsprozess Innenstadt) auf den Weg bringen. Dabei werden die großen städtebaulichen Projekte Umbau Theaterplatz, Entwicklung Altstadtquartier Büchel und Beseitigung des großflächigen Leerstands in der östlichen Innenstadt eine zentrale Rolle einnehmen. Schwerpunktsetzungen, wie zur Zeit in der Großkölnstraße, werden wir um weitere Schwerpunkte, insbesondere mit Blick auf die untere Adalbertstraße, erweitern. Zudem werden wir den Bildungsstandort Innenstadt stärken und VHS und Stadtbibliothek in Form eines Dritten Ortes (Haus der Neugier) zusammenführen.

Ein weiteres Großprojekt wird die städtebauliche und verkehrliche Neugestaltung des Bushofs und dessen Umfeld sein. Wir werden hier eine Zukunftswerkstatt durchführen und Ziele definieren. Denkbar sind verschiedene Nutzungen wie Bildung (z.B. Haus der Neugier) oder Wohnen.

Unser Einzelhandel ist nicht zuletzt durch diverse Krisen der vergangenen Jahre stark belastet. Deshalb braucht es mehr denn je eine lebendige Innenstadt und Unterstützung des Einzelhandels. Es gilt Leerstände zu vermeiden. Wir werden deshalb den „Fonds zur Belebung des lokalen Einzelhandels, der Gastronomie und des Handwerks“ verstetigen, Projekte wie „Ladenliebe“ und „Kauf lokal“ ausbauen und auch die Plattform „Smart Shopping AC“ weiterentwickeln und finanzieren.

Zur Stärkung der Innenstadt wollen wir den durch Corona nochmals beschleunigten Transformationsprozess kommunal gestalten. Hier wollen wir eine Ermöglichungskultur etablieren und leben, die das Mögliche im Blick hat. Wir werden darauf hinwirken, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt und Ermessensspielräume im Sinne der Belebung der Innenstadt genutzt werden.

Gleiches gilt auch für kulturelle Angebote, für die wir Wege finden werden, um gute Ideen zu ermöglichen. Kultur gehört zur Stadt und ist elementar wichtig. Zur Kultur gehört neben den etablierten Kulturinstitutionen und ihren Häusern die vielfältige freie Kulturszene. Wir wollen die Kultur in der Innenstadt sichern und erhalten, sie stärken und ihr auch neue Räume und Entfaltungsmöglichkeiten eröffnen, z.B. auch auf Plätzen und anderen öffentlichen Räumen

Ein wichtiges Element urbaner Kultur, insbesondere in einer Hochschulstadt, ist die Club- und Partykultur. Uns liegt es am Herzen, die freien Initiativen, die Club- und Partyszene zu stärken. Dazu werden wir ein Programm zur Förderung der Nachtkultur, Nachtökonomie sowie von Mikroprojekten aus der Stadtgesellschaft auf den Weg bringen (Innenstadt am Abend), zudem werden wir in moderierten Runden Tischen weitere Ideen zur Stärkung des Szenelebens entwickeln.

Mit der Neufassung unserer Gestaltungssatzung werden wir die Umsetzung von Ideen und Initiativen in der Stadt ermöglichen. Der Prozess wird dazu unmittelbar auf die Bedürfnisse der Gastronom*innen und ihrer Kundschaft ausgerichtet. Zudem sollen auch kreative Angebote vermehrt im öffentlichen Raum stattfinden.

Zur Attraktivität einer Innenstadt gehört immer auch das Gefühl, sich in einem sicheren Umfeld zu bewegen und eine saubere Stadt zu besuchen. Auch hier werden wir weiter Schritte voran machen, kleine Instandsetzungsmaßnahmen zügig umsetzen und wildem Müll mit Wastewatchern und Unterstützung des Stadtbetriebs begegnen. Zudem werden wir ein Konzept für öffentliche Toiletten und Trinkbrunnen erstellen.

Ordnungspartnerschaften stärken wir und bauen Angebote und Hilfen für Obdachlose und weitere Hilfesuchende aus.

Wirtschaft erfordert tatkräftige Netzwerke

Der Koalitionsvertrag der Landesregierung sieht vor, eine neue REGIONALE in dieser Legislaturperiode auszuloben und somit die regionale Strukturförderung des Landes fortzusetzen. Erwartet wird, dass die neue REGIONALE für das Jahr 2028 ausgelobt wird. Das Format ist bereits in der Bewerbungsphase gut geeignet, sich gemeinsam auf einige regionale Ziele zu verständigen und diese anzuschieben. In diesem Rahmen und in Verbindung mit der IBTA werden wir ein gemeinsames Programm definieren, das eine grenzüberschreitende Bewerbung der Städte Aachen und Parkstad Limburg zum Ziel hat und thematisch die grenzüberschreitende Modernisierung aufgreift.

Um die Digitalisierung innerhalb der Verwaltung voranzutreiben und verschiedene Felder zu bündeln, werden wir einen zentralen Fachbereich Digitalisierung gründen und unsere Digitalisierungsstrategie gemeinsam mit den relevanten Akteuren weiterentwickeln sowie Maßnahmen sinnvoll priorisieren und finanzieren.

Wir werden den Glasfaserausbau vorantreiben, die erforderlichen Planungsprozesse vornehmen und (Ko-)Finanzierungen im Haushalt abbilden.

Regionales Handwerk stärken

Das Handwerk ist eine tragende Säule der Aachener Wirtschaft und nimmt eine wichtige Rolle im Baubereich sowie beim Umbau unserer Stadt hin zur Klimaneutralität ein. Es ist stärker und früher als viele andere Bereiche vom Fachkräftemangel betroffen. Wir werden deshalb das Projekt „Switch“ fortführen und für den Bereich des Handwerks ausbauen, um Fachkräfte für die Region zu gewinnen und Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen zu sichern.

Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit der Handwerkerschaft eine Ausbildungs Offensive für das lokale Handwerk ins Leben rufen, um Fachkräfte auszubilden. Dabei besteht besonderer Handlungsbedarf in der Förderung derjenigen Gewerke, die für die zügige Umsetzung der Energiewende benötigt werden, also insbesondere für die Installation von PV-Anlagen, den Umbau der Wärmeversorgung inklusive des Einbaus von Wärmepumpen und die energetische Gebäudesanierung.

In diesem Zusammenhang werden wir darauf hinwirken, die Hürden für eine Ausbildung im Handwerk zu senken, insbesondere für Geflüchtete und für Menschen mit Behinderungen.

Das Handwerk steht seit Jahren wachsenden Digitalisierungsanforderungen gegenüber, die zum Teil die Grenzen des Leistbaren erreichen. Wir werden prüfen, ob die digitale Werkstatt für den Mittelstand auf die Bedürfnisse des Handwerks ausgeweitet werden kann.

Um Unternehmen in der Krise zu stärken, werden wir den Runden Tisch der Wirtschaft stärken und damit einen Kommunikationsraum schaffen, um schneller und zielgerichtet auf aktuelle Anforderungen und Probleme zu reagieren.

Wir erkennen die aktuelle Krisensituation aufgrund der Energiepreisentwicklung auch der Aachener Vereine an. Wir werden eine Möglichkeit finden, sie zügig und unbürokratisch unterstützen.

Ausblick

Mit den genannten sechs Schwerpunktthemen starten wir in die gemeinsame Arbeit. Darüber hinaus gibt es noch viele andere Bereiche, die das Leben der Menschen in dieser Stadt berühren und prägen. Um nur einige zu nennen: Soziales und der demographische Wandel, Kultur, Sport, Anti-Diskriminierung und Gleichstellung auf allen Ebenen, Sicherheit und Sauberkeit, Digitalisierung als ein wichtiges Querschnittsthema, der städtische Haushalt und die Mitarbeitenden unserer Verwaltung und der städtischen Unternehmen. Hinzu kommt der übergreifende Bereich der Stadtentwicklung, der in viele der genannte Projekte hineinspielt und entscheidend zur Ausprägung des „Gesichts der Stadt“ beiträgt. Für alle diese Themenfelder entwickeln unsere Fachpolitiker*innen ein gemeinsames Arbeitsprogramm.

So schaffen wir Stück für Stück eine Stadt der Teilhabe – klimagerecht und familienfreundlich. Wir übernehmen dafür Verantwortung. Wir wollen fokussiert und zügig positive Veränderungen sichtbar und erlebbar machen. Dafür bündeln wir unsere Energie – in vertrauensvoller Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und allen maßgeblichen Akteurinnen und Akteuren. Für alle Menschen in dieser Stadt.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Ortsverband Aachen

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands Unterbezirk Aachen

Philipp Noack
Ortsverbandsvorsitzender

Mathias Dopatka
Unterbezirksvorsitzender

Moni Wenzel
Fraktionsvorsitzende

Michael Servos
Fraktionsvorsitzender

Kaj Neumann
Fraktionsvorsitzender

Aachen, 7. November 2022